

# **Positionspapier für Finanzmärkte im Dienste einer Grünen Wirtschaft**

## ***Grüne Regeln zum Schutz der Umwelt und für soziale Gerechtigkeit***

### **Ausgangslage**

Die anhaltenden Krisen der letzten Jahre machen deutlich, dass eine strikte, verbindliche Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte dringend notwendig ist. Deregulierte Finanzmärkte verstärken heute die sozialen Ungleichheiten, begünstigen den Ressourcenverschleiss und gefährden so die realwirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Sie schaffen in ihrer jetzigen Form keinerlei Grundlagen für eine gerechte und ressourceneffiziente Wirtschaft. Die vielfach überhöhten Renditeerwartungen können nicht nachhaltig erwirtschaftet werden, ohne Schaden an Umwelt und Gesellschaft zu verursachen. Insbesondere die Spekulation mit Ressourcen wie Nahrungsmitteln, Wasser und Boden, aber auch mit Währungen und Schuldpapieren erzeugt grosse Probleme. Die Folgen reichen von übertriebenen Wechselkursschwankungen über Sozialabbau bis hin zu Staatsbankrotten und einer Verknappung von elementaren Lebensgrundlagen.

#### **DIE URSACHEN DER AKTUELLEN KRISE**

In den neunziger Jahren hat sich das Geschäftsmodell des Shareholder-Values und des Investment-Bankings weltweit etabliert. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die Politik global zu deregulieren und zu privatisieren begann. Durch die zeitlich einhergehende Computerisierung der Finanzmärkte fand eine unvergleichbare Beschleunigung statt. Steuerliche Anreize zur übertriebenen Schuldenwirtschaft und die Verbriefung von Risiken liessen immer mehr intransparente und komplexe Finanzprodukte entstehen. Der unübersichtliche Handel mit Risiken hat zu Spekulationsblasen, Inflation und der Überschuldung vieler Beteiligter geführt. Das kurzfristig um den Globus zirkulierende, spekulativ angelegte Kapital hat sich vervielfacht und in den Händen einer globalen Finanzelite konzentriert. Da die Reallöhne vielerorts stagnieren, nimmt das Gefälle zwischen Arm und Reich sowie zwischen den Staaten weiterhin stark zu. Gleichzeitig geraten durch die teilweise übertriebenen Saläre, die im Finanzsektor bezahlt werden, die allgemeinen Vorstellungen von angemessenem Entgelt für geleistete Arbeit aus dem Lot. Investitionen in die Realwirtschaft, insbesondere auch für eine rasche Energiewende und eine Grüne Wirtschaft, verlieren im Vergleich zu spekulativen Anlagen an Attraktivität. Der eigentliche Zweck der Finanzmärkte, nämlich Liquidität und finanzielle Ressourcen für Investitionen zu generieren, geht heute verloren.

Die Grünen fordern eine Finanzmarktpolitik, welche eine nachhaltige Wirtschaft, einen sicheren Arbeitsmarkt und den Schutz der Lebensgrundlagen ins Zentrum rückt. Die Finanzmärkte müssen mit Hilfe von klaren und verbindlichen Regeln reformiert und in den Dienst der Gesellschaft und der Realwirtschaft gestellt werden. Die Grünen plädieren für griffige Bankengesetze, eine unabhängige und starke Nationalbank, transparente Finanzprodukte und das Austrocknen von Steueroasen. Die Grünen wollen Finanzmärkte, welche ökologisches Wirtschaften und soziale Verantwortung fördern und mit dem sich generationenübergreifende Investitionen wieder lohnen. Nur solche Finanzmärkte schaffen die Voraussetzungen für die Energiewende, eine Grüne Wirtschaft sowie für die soziale Sicherheit.

# 1. Regeln für Banken und Finanzprodukte

Die Banken haben in den letzten Jahrzehnten massiv an Bedeutung gewonnen. Durch ihre Grösse und zentrale Stellung sind sie zu mächtigen wirtschaftlichen und auch politischen Akteuren geworden. Sie verwalten die Vermögen und Schulden von Privatpersonen, Unternehmen, Rentenfonds und Staaten.

Ein Grossteil des Banken-Kapitals dient heute einer übertriebenen Finanzspekulation, die keinen Nutzen mehr für die Realwirtschaft hat, die aber umso grösseren Schaden für sie anrichten kann. Börsen- und Konjunkturzyklen werden durch das auf den Finanzmärkten zirkulierende Kapital in Extreme getrieben. Geraten die Banken dabei selbst in Schieflage, stehen die Guthaben der Kunden auf dem Spiel. Verbürgt sich der Staat für bedrohte Guthaben und Banken, werden damit die Verluste der Banken auf die Allgemeinheit abgewälzt.

Viele Banken wurden in den letzten Jahren durch öffentliche Gelder und ohne Gegenleistung vor dem Bankrott bewahrt. Diese sogenannte „*Too big to fail*“ Problematik ist in der Schweiz besonders ausgeprägt. Der Zusammenbruch einer Grossbank hätte weiterhin verheerende gesamtwirtschaftliche Auswirkungen. Deshalb ist es nötig, die systemrelevanten Banken besser zu regulieren und auch strukturelle Anpassungen voranzutreiben.

Für ein besseres Risikomanagement an den Finanzmärkten braucht es auch klare und verbindliche Regeln für die Finanzprodukte und deren Handel. Kurzfristige Wetten im Rahmen des automatisierten Handels und riskante Produkte, wie gewisse Derivate, müssen besser reguliert werden.

- **GESETZE FÜR FINANZPRODUKTE UND DEREN HANDEL**

Die Grünen fordern den Bundesrat auf, ein Gesetz zur Regulierung des Handels mit Finanzprodukten und Rohstoffen vorzulegen. Das Gesetz soll sich an den neuen Richtlinien der Europäischen Union<sup>1</sup> orientieren und für eine verbesserte Transparenz sorgen. Der Over-the-counter Handel mit Derivaten soll möglichst vollständig auf geregelte Handelsplätze übertragen werden. Dazu ist eine weitgehende Standardisierung aller Derivate notwendig. Die FINMA soll Derivate vor ihrer Zulassung überprüfen. Dafür muss sie mit ausreichend Mitteln und Personal ausgestattet werden. Nahrungsmittelspekulation über Publikumsfonds und Rohstoffzertifikate sollen ganz verboten werden. Des Weiteren soll die Einrichtung einer Spezialbehörde für die Überwachung des Handels mit physischen Rohstoffen und Nahrungsmitteln geprüft werden.

- **EIGENKAPITALVORSCHRIFTEN ERLASSEN**

Die Finanzkrise hat die Schwachstellen bei der Geschäftsführung von Banken ans Licht gebracht. Die Risiken, die sie an den Finanzmärkten eingehen, sind im Verhältnis zu ihrem Eigenkapitalbestand deutlich zu hoch. Die Grünen setzen sich daher für strenge Eigenkapitalvorschriften ein. Sie fordern von den Banken hartes Kernkapital von mindestens 15 Prozent ihrer ungewichteten Bilanz.

- **ABGELTUNGSSTEUER FÜR GROSSBANKEN**

Solange ein Bank „*Too big to fail*“ ist und damit faktisch von einer Staatsgarantie profitiert, soll sie eine Abgeltungssteuer entrichten. Diese Steuer schafft einerseits einen Anreiz zur Grössenreduktion und kompensiert den Staat für das Risiko von entsprechenden Grossunternehmen.

---

<sup>1</sup> MIFID-2 (Markets In Financial Instruments Directive)

- **TRENNBANKENSYSTEM EINFÜHREN**

Banken sollten aus Sicht der Grünen das hoch riskante Investmentbanking von der Geschäftsbank abgrenzen. Das Ziel des Trennbankensystems ist die Trennung der Kreditvergabe vom Handel mit Wertpapieren, damit die Einlagen der Bankkunden geschützt sind. Gleichzeitig wird damit der Eigenhandel für Geschäftsbanken ausgeschlossen. Im Gegensatz zum aktuellen Universalbankensystem, bei dem jede Bank alle Bankdienstleistungen anbieten darf, werden mit dem Trennbankensystem die Geschäftsrisiken transparent gemacht. Die Trennung der einzelnen Bereiche lässt sich über die Vergabe der Banken-Lizenz problemlos durchsetzen.

- **REGELN FÜR PROVISIONEN UND BONI**

Provisionen und Boni schaffen falsche Anreize. Sie verleiten zu einer Vervielfachung der Kaufs- und Verkaufsaufträge. Dadurch werden die Finanzmärkte unnötigerweise aufgeblasen und zusätzlich intransparent. Die britische Finanzmarktaufsicht hat deshalb ab 2012 ein umfassendes Provisionsverbot beschlossen. Die Schweiz soll ebenfalls ein solches Provisionsverbot erlassen.

## **2. Aufsicht stärken, Transparenz schaffen**

An der aktuellen Krise ist die Politik nicht unschuldig. Zu lange wurde toleriert, dass sich die neuen Finanzprodukte wie Kreditderivate und andere Verbriefungen oder auch Hedge-Fonds einer effektiven Kontrolle entzogen. Zu lange wurde zugesehen, wie neue Finanzakteure bankähnliche Geschäfte machten, also langfristig Geld ausliehen und sich kurzfristig refinanzierten, ohne dass diese Akteure derselben strikten Regulierung wie die Banken unterlagen. Diese Regulierungslücken müssen dringend geschlossen werden. Dazu müssen die Finanzmärkte ausreichend transparent sein, so dass die Gesetze auch tatsächlich angewendet werden können. Die Finanzmarktaufsicht muss zu diesem Zweck gestärkt werden.

- **FINANZMARKTAUFSICHT STÄRKEN**

Die eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA) hat die zentrale Aufgabe, Fehlentwicklungen und Krisen vorzubeugen. Doch genau hier hat sie in den letzten Jahren versagt. Sie hat die Risiken nicht früh genug wahrgenommen und die Banken nicht genügend unter Kontrolle. Damit die Finanzmarktaufsicht besser funktioniert, muss sie unabhängiger von der Branche werden, die sie beaufsichtigen soll. Die Aufsichtsbehörden müssen vermehrt sicherstellen, dass bei den Vergütungs- und Anreiz-Systemen sowie in der Geschäftstätigkeit die Kunden an erster Stelle stehen und nicht der Profit und die Umsatzvorgaben. Zu diesem Zweck müssen alle Bereiche, auch die Geschäfts- und Arbeitsabläufe im Vertrieb, der Beaufsichtigung unterliegen. Weiter soll auch die Öffentlichkeit besser über den Schweizer Finanzplatz aufgeklärt werden. Die FINMA soll den Medien in einem jährlichen Bericht die Kennzahlen und Wachstumsraten von Banken, Versicherungen, Hedge-Fonds und Private-Equity-Gesellschaften präsentieren.

- **STEUEROASEN AUSTROCKNEN**

Die meisten Hedge-Fonds und Zweckgesellschaften haben ihren Sitz in Steueroasen, um sich der Finanzmarktregulierung, der Besteuerung und der Aufsicht zu entziehen. Stabile Finanzmärkte sind aber nur dann möglich, wenn eine lückenlose und flächendeckende Regulierung möglich ist und Steueroasen ausgetrocknet werden. Unternehmen müssen daher offenlegen, wo ihre Tochtergesellschaften residieren. Dem Finanzplatz Schweiz kommt hier eine Schlüsselrolle zu. Mit dem Bankgeheimnis werden weiterhin Steuerhinterzieher und Fluchtgelder in die Schweiz gelockt. Die Grünen fordern daher ein Rahmengesetz, in dem die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und -betrug

aufgehoben werden soll. Banken sollen so zu einer konsequenten Weissgeldstrategie verpflichtet werden.

- **TRANSPARENZ-REGELN FÜR FINANZPRODUKTE SCHAFFEN**

Banken entwickeln immer komplexere Finanzprodukte, mit denen sie Schuldtitel zu Paketen bündeln und mit Gewinn weiterverkaufen. Die wahren Risiken der Titel werden dadurch verschleiert und auf die Kunden abgewälzt. Die Grünen fordern daher klare Transparenz-Regeln. Sie unterstützen die Forderung der FINMA nach einem Finanzmarktaufsichtsgesetz für einen stärkeren Kundenschutz, wie beispielsweise den Ausbau der Prospekt- und Informationspflichten auf Stufe Produkt, sowie die Einführung von einheitlichen Verhaltensregeln für sämtliche Finanzdienstleister am Verkaufs- und Vertriebspunkt. Das „Verleiten zur Spekulation“ sollte zudem wieder zum Straftatbestand werden.

### **3. Finanzmärkte fair (be)steuern**

Die auf den Finanzmärkten gehandelten Finanzprodukte haben sich längst von der Realwirtschaft abgekoppelt. Die Entwicklung neuer und risikobefrachteter Finanzprodukte wurde jahrelang durch falsche steuerliche Anreize vorangetrieben. Problematische Gesellschaftsformen, Finanzierungsarten und Finanzprodukte wurden begünstigt. Durch die wachsende Intransparenz wird es immer schwieriger, die Marktrisiken einzuschätzen. Eine Kehrtwende ist dringend notwendig. Die richtigen steuerlichen Anreize sind dafür von zentraler Bedeutung.

Seit vielen Jahren wird über die Einführung einer Steuer für die Finanzmärkte diskutiert. Die allgemeine Finanztransaktions- oder Finanzumsatzsteuer, die alle Finanztransaktionen umfasst, steht derzeit in der Europäischen Union zur Debatte und soll 2014 eingeführt werden. Neben der Finanztransaktionssteuer gibt es in einigen Ländern nationale Kapitalverkehrssteuern, die Teilaspekte abgedeckt haben. Am häufigsten ist die Börsenumsatzsteuer, die auf Umsätzen an Wertpapierbörsen erhoben wird. Ein Beispiel sind Stempelsteuern auf Wertpapiere oder Urkunden. Die Tobin Steuer ist eine weitere Form der Finanztransaktionssteuer, die nur auf Devisentransfers erhoben würde. Auch die Kapitalgewinnsteuer, eine Quellensteuer auf beweglichen Vermögen im Rahmen der Bundessteuer, ist in diesem Kontext zu erwähnen.

- **FÜR EINE FINANZTRANSAKTIONSSTEUER**

Die Grüne Partei setzt sich für eine flächendeckende Besteuerung der Finanzmärkte durch eine Finanztransaktionssteuer ein. Da sich kurzfristige Spekulationen besonders negativ auswirken, sollen Termingeschäfte mit Währungen, Rohstoffen, Immobilien und den entsprechenden Derivaten stärker besteuert werden. Bei einer kurzen Besitzspanne eines Titels ist ein Steuerfuss von 0.1% vorstellbar, bei einer Besitzspanne von 3 Jahren kann der Satz auf 0.01% des Umsatzes gesenkt werden.<sup>2</sup>

Die europäischen Bemühungen für eine Finanztransaktionssteuer müssen von der Schweiz aktiv mitgetragen werden. Der Bundesrat soll die Vorkehrungen treffen, damit die Schweiz eine solche Steuer zeitgleich mit der EU einführen kann. Weiter soll die Schweiz bei internationalen Treffen aktiv für eine globale Finanztransaktionssteuer werben und ihr diplomatisches Geschick zu diesem Zwecke zum vollen Einsatz bringen.

---

<sup>2</sup> Analoge Abstufungen gibt es heute kantonal bereits für Grundstückgewinnsteuern.

- **STEMPELSTEUER ANHEBEN**  
Solange die internationalen Bemühungen nicht greifen, setzen die Grünen auf Massnahmen, welche die Schweiz relativ schnell umsetzen kann, wie beispielsweise die Erhöhung der Stempelsteuer. Konkret soll die Umsatzabgabe für inländische Wertpapiere von heute 0.15% auf das Niveau der ausländischen Wertpapiere von 0.3% angehoben werden. Zudem soll das Derivate-Geschäft nicht wie bis anhin von der Steuer befreit sein.
- **KAPITALGEWINNSTEUER EINFÜHREN**  
Die Grünen erneuern zudem ihre langjährige Forderung nach einer nationalen Kapitalgewinnsteuer beziehungsweise einer Abgeltungsteuer. Es ist nicht einsichtig, weshalb Kleinsparer die Zinsen ihres Vermögens versteuern müssen, die Gewinne an der Börse hingegen steuerfrei sind. Die Schweizer Banken erheben heute schon eine Abgeltungssteuer auf Gewinnen von deutschen Investoren in der Schweiz und könnten dies auch auf Schweizer Anleger und Anlegerinnen ausweiten.

#### 4. Für eine starke und unabhängige Nationalbank

Aufgrund der Finanzkrise war die Schweizerische Nationalbank (SNB) in den vergangenen Jahren mehrmals zu massiven Interventionen auf dem Devisenmarkt gezwungen. Die Volatilität des Devisenmarktes macht der SNB auch finanziell zu schaffen. Die Folge ist ein Einnahmeausfall für Bund und Kantone. In mehreren Kantonen stehen daher bereits Steuererhöhungen zur Diskussion. Der Preis für den Hochrisiko-Kurs der Geschäftsbanken wird dadurch einmal mehr von der Allgemeinheit bezahlt. Die Grünen fordern eine personelle Entflechtung der Nationalbank von den Geschäftsbanken. Die Nationalbank muss alles unternehmen, um die Wechselkurse und somit den Schweizer Franken zu stabilisieren.

- **FÜR MEHR UNABHÄNGIGKEIT VON DEN GESCHÄFTSBANKEN**  
Die Nationalbank muss sich laut Verfassung und Gesetz vom Gesamtinteresse des Landes leiten lassen. Dennoch ist die Bank laut Verfassung unabhängig. Die Grünen unterstützen diesen Grundsatz, denn nur so kann vermieden werden, dass die Regierung eine zu expansive Geldpolitik betreibt und die Währungspolitik zu stark von den politischen Mehrheiten im Bundesrat abhängt. Für die Grünen muss die Nationalbank aber nicht nur unabhängig von der Politik, sondern insbesondere auch unabhängig von den Banken sein, denn die Nationalbank fungiert für die Geschäftsbanken als letzte Refinanzierungsstelle in wirtschaftlichen Krisensituationen. Der Bundesrat muss bei der Besetzung des Nationalbankrates und seines Direktoriums zwingend auf die Unabhängigkeit von den Banken achten, da sich sonst weitere Interessenskonflikte abzeichnen.
- **WECHSELKURSE STABILISIEREN**  
Die aktuelle Währungskrise ist sowohl eine Folge der Finanzkrise als auch des gegenwärtigen Mischsystems aus freien und festen Wechselkursen. Der Schweizer Franken gehört in diesem System zu den stabilsten Währungen. In Krisenzeiten gilt er als Fluchtwährung. Dies bedeutet, dass Anlegerinnen und Anleger ihr Geld im „sicheren Hafen“ Schweizer Franken anlegen. Die Folge davon kann eine massive Aufwertung des Schweizer Frankens sein, mit fatalen Konsequenzen für die Exportwirtschaft und den Tourismus. Das flexible Wechselkurssystem ist aus Sicht der Grünen zu stark durch Spekulation getrieben. Sie setzen sich dafür ein, dass die SNB zur Stabilisierung des Wechselkurses am Devisenmarkt interveniert und nötigenfalls eine Wechselkursuntergrenze fixiert. Sie fordern den Bundesrat gleichzeitig auf, die Rückkehr

zu einem System stabilisierter Wechselkurse zu prüfen, wie es die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung UNCTAD in ihrem Bericht vorschlägt<sup>3</sup>.

#### **REFORM DER GELDSCHÖPFUNG PRÜFEN**

Geschäftsbanken übernehmen heute einen Grossteil der Geldschöpfung und sind entsprechend an den Gewinnen dieser Aktivität beteiligt. In der Schweiz wurden über die letzten zehn Jahre im Durchschnitt 8 Mrd. Franken pro Jahr an neuem Geld geschaffen. Mehr als 80 Prozent des jährlichen Geldzuwachses wird heute über private Banken abgewickelt. Diese bringen die zusätzliche Geldmenge in Form von Krediten und Guthaben in Umlauf. Die Grünen fordern eine Debatte über dieses Modell der Geldschöpfung.

## **5. Finanzmärkte auf Nachhaltigkeit ausrichten**

Angesichts der globalen Finanz-, Klima- und Hungerkrise muss der Finanzsektor neu aufgestellt werden. Durch ihre Fixierung auf eine möglichst hohe Rendite haben die Finanzmärkte viele Unternehmen zu einer nicht-nachhaltigen Unternehmenspolitik gezwungen. Finanzmärkte könnten und sollten aber einen positiven Beitrag für eine nachhaltige Wirtschaft leisten. Dazu müssen ökologische und soziale Aspekte bei Investitionsentscheidungen mehr Gewicht erhalten. Der Investitionsbedarf in den Bereichen Grüner Strom, Klimaschutz und Ressourceneffizienz ist enorm.

Die Nachfrage nach Geldanlagen, welche die ökologische und soziale Dimension einer Investition berücksichtigen, ist vorhanden. Nachhaltige Investments haben sich zu einem weltweiten Wachstumsmarkt entwickelt. Auch in verschiedenen Branchen der Grünen Wirtschaft besteht ein riesiges Potenzial, da sie mit zunehmender Rohstoffverknappung an Bedeutung gewinnen werden. Unternehmen, die ökonomische, ökologische und soziale Ziele in Einklang bringen, haben langfristig entscheidende Wettbewerbsvorteile.

Damit private Investorinnen und Investoren ökologische und soziale Kriterien bei ihrer Anlageentscheidung berücksichtigen können, braucht es vergleichbare, nachprüfbar und verbindliche Indikatoren, sowie eine entsprechende Unternehmensberichterstattung. Die insbesondere für die Finanzanalyse erforderliche Vergleichbarkeit von veröffentlichten Daten ist mit den bisherigen freiwilligen Ansätzen nicht gewährleistet. In Frankreich, Grossbritannien oder Schweden sind solche Berichtspflichten längst Standard. Dies hat beispielsweise bei der privaten und betrieblichen Altersvorsorge zu einem Schub nachhaltiger Geldanlagen geführt. So sind die französischen Reservefonds der Rentenversicherung in einem Wettstreit um mehr Nachhaltigkeit. Um auch in der Schweiz ein aktives und verantwortungsvolles Aktionariat à la Actares und Ethos zu fördern, braucht es entsprechende staatliche Rahmenbedingungen.

- **MINDESTKRITERIEN FÜR NACHHALTIGE FINANZPRODUKTE EINFÜHREN**

Die Grünen fordern den Bundesrat auf, dem Parlament einen Gesetzesentwurf oder eine Änderung des Börsengesetzes vorzulegen, in dem er Mindestkriterien für nachhaltige Finanzprodukte und Regeln für die Transparenz solcher Produkte, beispielsweise über ein Verbraucherlabel, definiert. Internationale Normen, wie die ILO<sup>4</sup>-Kernnormen, das Verbot von ausbeuterischer Kinderarbeit und das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau<sup>5</sup>, sind dabei zu berücksichtigen. Nicht-nachhaltige Investitionsziele, wie Atomkraft oder Rüstung, sind auszuschliessen. Investitionen in Produkte, die internationalen Konventionen widersprechen, wie beispielsweise die Herstellung von Streumunition, sollten untersagt werden. Die Nachhaltigkeitskriterien

---

<sup>3</sup> Trade and Development Report 2011. Post-crisis Policy Challenges in the World Economy. 6. September 2011.

<sup>4</sup> ILO – International Labour Organisation – Internationale Arbeitsorganisation der UNO

<sup>5</sup> CEDAW

sind sukzessive auf alle an der Börse gehandelten Finanzprodukte auszuweiten. Die öffentliche Hand, die Postfinance, die Kantonalbanken und die Pensionskassen sollen ihre Investitionen an diesen ökologischen und sozialen Kriterien ausrichten und ihre Kunden und Besitzer jährlich informieren, ob und wie die Kriterien berücksichtigt wurden. Die Vertriebsvorschriften für alle Finanzprodukte im Banken-, Wertpapier- und Versicherungsbereich sind dahingehend zu ändern, dass Kunden im Beratungsgespräch gefragt werden, welche Rolle soziale und ökologische Aspekte bei der Auswahl von Finanzprodukten spielen sollen.

- **NACHHALTIGKEITSINDIKATOREN FÜR UNTERNEHMEN**

Eine Neuausrichtung der Finanzmärkte wird nur gelingen, wenn auch bei indirekten Investitionen ökologische und soziale Kriterien relevant werden. Der Bundesrat wird daher angehalten, einen standardisierten Katalog branchenübergreifender umweltrelevanter Basisindikatoren für Unternehmen, wie Energieverbrauch, CO<sub>2</sub>-Emissionen und Ressourceneffizienz, vorzulegen. Alle börsenkotierten Unternehmen sollen anhand dieser Indikatoren einen Nachhaltigkeitsbericht erstellen und konkrete ökologische und soziale Ziele definieren.

- **MEHR FRAUEN IN FÜHRUNGSPPOSITIONEN**

Frauen treffen tendenziell nachhaltigere und weniger riskante Investitionsentscheidungen als Männer. Die massive Untervertretung von Frauen in den Verwaltungsräten und Führungspositionen bei Banken und anderen Finanzdienstleistern führt daher zu einem kurzfristigeren Profitdenken und einer entsprechend risikoreichen Ausrichtung des Geschäfts. Daher sollte der Frauenanteil sowohl bei den Unternehmen als auch bei der FINMA und im Bankrat der Nationalbank massiv erhöht werden.

- **FÜR EINE UMFASSENDE ÖKONOMISCHE BILDUNG**

Das Bildungswesen in den Bereichen Ökonomie und Finanzen muss reformiert werden. Die neoklassische Wirtschaftslehre ist keine ausreichende Grundlage für Studierende, welche in ihrem Beruf oftmals eine grosse Verantwortung tragen. Die Ausbildung sollte obligatorische Lehrgänge über die ökologischen und sozialen Auswirkungen unseres Wirtschaftsmodelles sowie über alternative Wirtschaftsformen enthalten. Öffentliche Fördergelder sollen vermehrt in die Erforschung alternativer ökonomischer Modelle fließen. Um die Homogenität der Lehre weiter aufzubrechen, sollen Studierende der wirtschaftlichen Fakultät obligatorische Ergänzungsfächer anderer Fachrichtungen besuchen müssen. Das Wissen über alternative Wirtschaftsformen soll auch auf der Ebene der Berufslehre gefördert werden.

## Schlussfolgerung

Die Entwicklung einer Grünen Wirtschaft ist abhängig von einer strengen und intelligenten Regulierung der Finanzmärkte. Finanzmärkte dürfen keine übergeordnete politische und wirtschaftliche Rolle spielen. Sie sollten der Wirtschaft dienen und nicht umgekehrt. Investitionen können zerstörende oder aber fördernde Hebelwirkungen auf Umwelt und Gesellschaft haben. Investorinnen und Investoren sollten deshalb bei ihren Anlageentscheidungen verbindliche ökologische und soziale Kriterien berücksichtigen können. Grüne Wirtschafts- und Finanzpolitik schafft einen gesetzlichen Rahmen, in dem sich langfristige Investitionen lohnen und wo sich nachhaltiges Wirtschaften wieder ausbezahlt. So ist grüne Wirtschafts- und Finanzpolitik zukunftsorientierte Politik.